

**Eingabe an den Ausschuss Anregungen und Beschwerden der Stadt Köln nach § 24  
Gemeindeordnung NRW**

**Beschwerde der Bürgerinitiative Klingelpützpark über die geplante Bebauung des  
Klingelpützpark im Zuge des Schulbauprojekts Bildungslandschaft Altstadt Nord**

Eingereicht über die Bezirksvertretung Innenstadt der Stadt Köln am 27.05.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hansaplatz und Klingelpützpark sind in der jetzigen Größe langfristig für die gesamte Kölner Bevölkerung zugänglich als Grün- und Erholungsanlage mit bedeutsamer Klimaausgleichsfunktion ohne weitere Bebauung und ohne die Öffentlichkeit ausgrenzende Einfriedungen zu erhalten. Insbesondere Baubegehren, für welche es vernünftige standörtliche Alternativen gibt, sind abzulehnen.

Die Bürgerinitiative Klingelpützpark fordert daher, die im Planungsbeirat zur Begleitung des Projekts „Bildungslandschaft Altstadt Nord“ von der Bürgerschaft vorgebrachten Anregungen umzusetzen. Ein Neubau der Schulmensa ist auf den vorhandenen Schularealen möglich. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, baulich in den Klingelpützpark einzugreifen. Die Begründungen sind im Einzelnen den unter <http://www.klingelpuetzpark.de/links.html#Eigene> abgelegten Dokumenten zu entnehmen.

Wir fordern, das Schulbaukonzept hinsichtlich der Zukunft von Haupt- und Grundschule zu überarbeiten und den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Die Entwicklung des Schüleraufkommens in der Kölner Innenstadt rechtfertigt den geplanten Erweiterungsbedarf nicht, da die Schülerzahlen stagnieren. Der seitens des Projektes „Bildungslandschaft Altstadt Nord“ angegebene Raumbedarf entspricht nicht den Entwicklungen des Schülerbestandes und den Vorgaben der Kölner Schulbauleitlinie. Die geplante Mensa samt Bibliothek und Gemeinschaftsräumen kann leitlinienkonform wesentlich kompakter errichtet werden.

Die kommunalen Klimaschutzziele sind umzusetzen! Städtische Planungen müssen dabei Vorbildfunktion erfüllen. Wenn dies schon nicht gewährleistet wird, so sind zumindest diejenigen umweltplanerischen Standards einzuhalten, die auch für private Planungsträger gelten. Eingriffe in den Baumbestand sind daher möglichst zu vermeiden, wenn standörtliche Alternativen bestehen.

Wir regen zudem an, geschätzte Baukosten der vorliegenden Planungsvarianten transparent zu machen. Die kompakte Bauvariante „Gedrehte Hauptschule“ ist bei selbem Raumprogramm kostengünstiger. Den Entscheidungsträgern der Bauleitplanung muss diese Information vorliegen.

Der vom Projekt „Bildungslandschaft Altstadt Nord“ formulierte Erweiterungsbedarf kann nachgewiesen städtebaulich vernünftig und angemessen auf den vorhandenen Schularealen verwirklicht werden. Eine Bebauung der öffentlichen Grün- und Erholungsflächen ist vermeidbar, da es eine zumutbare Alternative gibt.

Die Planungsvariante „Gedrehte Hauptschule“<sup>1</sup> bildet ein kompaktes Zentrum. Die öffentlichen Grünflächen bleiben bei dieser Variante in vollem Umfang unbebaut. Die Planungsvariante ermöglicht eine gute Aufsicht und wirtschaftliche Gebäudeverwaltung. Sie bietet der Architektur zahlreiche Möglichkeiten einer guten Adressbildung, Identifikation und Öffnung der Schulen zum Stadtteil. Aus städtebaulicher, freiraumplanerischer, schulischer und wirtschaftlicher Sicht ist dieser Variante daher der Vorzug zu geben.

Zudem ist die Errichtung einer Mensa samt Bibliothek und weiteren Schulräumen an der Vogteistraße für die Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Grundschule räumlich unangemessen. Für die Schülerinnen und Schüler des Hansgymnasiums ist eine Mensa am Standort gegenüber dem Gereonsmühlenturm ebenso gut erreichbar wie in der Vogteistraße. Es gibt keine Gründe, im Vorzug des Standortes Vogteistraße aufgrund seiner räumlichen Nähe zum Hansgymnasium massiv in die Grünanlage zu bauen.

Die geplante Bebauung des Parks, die zudem im Sinne der vom Projekt beschriebenen „Entwicklungsachsen“ ein Einfallstor für weitere Parkbebauung wäre, widerspricht den Planungsgrundsätzen des Baugesetzbuches. Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, welche die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen in Einklang bringt, gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln.

Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden. Zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen sind die Möglichkeiten der Bauleitplanung insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Voraussichtlich erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind zu vermeiden.